

nisationen Führungsaufgaben übernahmen. Im abschließenden Kapitel analysiert die Vf.in wechselseitige Perzeptionen und Einflüsse von OMV und Straž. Beide nahmen sich den jeweils anderen zum Vorbild, lernten voneinander und trugen so maßgeblich zur Eskalation des Konflikts zwischen den sich formierenden nationalen Gesellschaften bei.

Die Studie überzeugt in ihren Einzelbestandteilen nicht zuletzt durch die akribische Quellenarbeit; sie ist zugleich eine ausgewogene moderne Geschichte des OMV und eine erste allgemein zugängliche Darstellung der Straž. Gewisse Zweifel bleiben allerdings an der gewählten Vergleichsperspektive zwischen staatsnationalem und Minderheitennationalismus.

Frankfurt/Oder

Torsten Lorenz

**Jürgen Elvert: Mitteleuropa!** Deutsche Pläne zur europäischen Neuordnung (1918–1945). (Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft, Beiheft 35.) Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1999. 448 S. (DM 168,-)

Die Vorstellung von einer „besonderen“ Verantwortung Deutschlands für Mitteleuropa, nicht zuletzt für seine östliche Hälfte, war bereits im Ersten Weltkrieg zur Legitimation deutscher Expansionsziele herangezogen worden. Wie Jürgen Elvert in seiner überarbeiteten Habilitationsschrift zeigt, ist sie nach der Niederlage von rechtsnationalen und völkisch-konservativen Kreisen in antirepublikanischer und revisionspolitischer Absicht rasch reaktiviert worden. Das Spektrum der einschlägigen Diskussionsbeiträge war groß und ist im nachhinein nur schwer überschaubar. Der Vf. versucht, die Debatte anhand ausgewählter Beispiele und auf unterschiedlichen Ebenen (der publizistischen, der politischen und der ökonomischen) in ihren entscheidenden Aspekten zu rekonstruieren. Die zunächst vorgestellten Weimarer Konzeptionen lassen recht heterogene und disparate Vorstellungen erkennen, die sich in einem Punkt freilich einig waren: Mitteleuropa (womit in bewußter Unbestimmtheit ein Raum gemeint war, der mindestens von Dänemark bis Jugoslawien, von Belgien bis zu den baltischen Staaten reichte) war eine Region, deren Gestaltung bzw. Neuordnung als eine genuine deutsche Aufgabe erschien. Die Ausföhrung des selbsterteilten Auftrags, dem mitteleuropäischen Umfeld „Kultur“ zu bringen, es damit vor den gefährlichen „Ideen von 1789“ und der „Zivilisation“ des Westens zu schützen sowie wirtschaftlich in einem Großraum zu organisieren, würden die betroffenen Nachbarn den Deutschen, so die Erwartung, mit der bereitwilligen Überlassung der politischen Vorherrschaft danken. Unterhalb der wie selbstverständlich reklamierten deutschen Hegemonialstellung sollten, wie E. zeigt, nach diesen Konzepten die zwischenstaatlichen Verhältnisse in Mitteleuropa durchaus partnerschaftlich organisiert und die staatliche Souveränität und „völkische Individualität“ der Nachbarvölker jeweils unangetastet bleiben.

Die Mitteleuropa-Vorstellungen der Weimarer „konservativen Revolutionäre“ gewannen bis Ende der 1920er Jahre erheblich an Dynamik, erfaßten weite Teile der Öffentlichkeit und begannen in Gestalt politischer (Anschlußfrage) und wirtschaftlicher (Mitteleuropäischer Wirtschaftstag) Initiativen zunehmend auf eine konkrete Umsetzung zu drängen. Doch erst mit der nationalsozialistischen Machtergreifung übernahm eine Regierung die Herrschaft, die tatsächlich willens und in der Lage zu sein schien, die mitteleuropäischen Visionen der 1920er und frühen 1930er Jahre in konkrete Politik umzusetzen. Daß diese Visionen einerseits das Mitteleuropaverständnis der Nationalsozialisten beeinflußt haben, andererseits von diesen zur Verschleierung, später zur Legitimierung ihrer eigenen rassistisch-imperialistischen Ziele instrumentalisiert worden sind, ist eine der zentralen – durchaus schlüssig belegten – Thesen des Buches. Eine weitere besteht darin, daß nicht zuletzt der Wunsch der „konservativen Revolutionäre“, ihre Mitteleuropa-Visionen realisiert zu sehen, die Machtübernahme der Nationalsozialisten befördert habe. Tatsächlich kann E. an einer Reihe von Beispielen demonstrieren, wie sich die Weimarer Mitteleuropa-Visionäre aus dem völkischen und jungkonservativen Umfeld nach 1933 als „innere Kollaborateure“

bereitfanden, die NS-Herrschaft mitzutragen, auch wenn sie deren Ziele nicht immer teilten.

Unter der konsolidierten Herrschaft der Nationalsozialisten schied sich die Vielzahl der vorliegenden und kontinuierlich weiterentwickelten Mitteleuropa- und Europaentwürfe nach E. in einen Dualismus zweier grundverschiedener Ansätze. Der eine habe die Schaffung eines föderal strukturierten „germanischen Reiches“ vorgesehen, der andere in rein imperialistisch-hegemonialem Zugriff die totale Unterwerfung. Die konkrete deutsche Besatzungs-, Unterwerfungs- und Vernichtungspolitik im Osten ist bekanntlich allein dem zweiten Ansatz gefolgt. Wenn sie sich dabei zu rein propagandistisch-opportunistischen Zwecken zeitweise, insbesondere nach Stalingrad, auch die an die Mitteleuropakonzepte konservativ-revolutionärer Prägung anknüpfenden föderalen bzw. völkisch-bündischen Neuordnungsvorstellungen zu eigen machte, so findet E.s Hauptthese auch darin ihre Bestätigung: Das völkische Mitteleuropadenken der Weimarer Republik hat nicht nur über 1933 hinaus weitergewirkt, sondern bis in den Untergang des ‚Dritten Reiches‘ hinein einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Systemstabilisierung geleistet. Die Geschichte der Mitteleuropa-Idee ist damit, wie der Vf. in einer dichten (leider durch eine ziemlich nachlässige Redaktion sprachlich beeinträchtigten) Darstellung eindringlich zeigen kann, vor allem die Geschichte eines politischen Irrwegs gewesen.

Marburg/Lahn

Eduard Mühle

**Carsten Roschke: Der umworbene „Urfeind“. Polen in der nationalsozialistischen Propaganda 1934–1939.** Tectum Verlag, Marburg 2000. 518 S., 7 Abb. (DM 58,-)

Das Bild Polens in der NS-Propaganda schwankte zwischen Verachtung und Verklärung. Dabei markiert der Jahresbeginn 1934 einen wichtigen Einschnitt. Nach jahrelangem Propaganda- und Wirtschaftskrieg kam die deutsch-polnische Nichtangriffserklärung vom Januar 1934 für die Öffentlichkeit überraschend, und so vereinbarten Regierungsvertreter im Folgemonat zur Popularisierung eine „deutsch-polnische Zusammenarbeit in der öffentlichen Meinungsbildung“, meist verkürzt als „Presseabkommen“ bezeichnet. Carsten Roschke hat diese Vereinbarung als „bilaterales Medienabkommen“ zum Ausgangspunkt seiner Gießener Dissertation genommen. In Anlehnung an Günther Wollstein<sup>1</sup> geht der Vf. davon aus, Hitler habe versucht, Polen in die Rolle eines „Juniorpartners“ für die angestrebte Konfrontation mit der Sowjetunion zu drängen. Um dieses Planes willen, so die Grundthese, habe die NS-Propaganda fünf Jahre lang den breit angelegten Versuch unternommen, ein positives Bild des umworbene Nachbarstaates in der deutschen Öffentlichkeit zu lancieren.

Die Darstellung stützt sich vorwiegend auf die Presse und weitere publizistische Zeugnisse. Darüber hinaus untersucht der Vf. erstmals in der Zusammenschau die Propaganda mittels weiterer Medien, nämlich des Rundfunks, des Films und des Theaters; unberücksichtigt bleibt dagegen z.B. das Redner- und Kundgebungswesen. Weiter wäre wünschenswert gewesen, trotz weniger, kritikwürdiger Quellen und der methodischen Problematik die Frage, wie das neue Polenbild vom deutschen Publikum aufgenommen wurde, zumindest zu problematisieren. Auch geschlossene Darstellung und Analyse polnischer Reaktionen – sowohl seitens der Regierung wie der veröffentlichten Meinung – fehlen.

Anhand zahlreicher Beispiele stellt R. eine grundsätzlich polonophile Tendenz der NS-Propaganda vom Februar 1934 bis April 1939 fest, wobei die ideologische Annäherung der Regime in Berlin und Warschau, geschichtliche Berührungspunkte beider Länder, der wirtschaftliche Austausch und positive Porträts prominenter Polen aus Politik und Kultur im Vordergrund standen. Der Vf. beläßt es meist bei einer deskriptiven Analyse dieser Propagandainhalte und geht kaum auf konkrete Entstehungsbedingungen ein. Dadurch ergibt sich fast zwangsläufig, daß die Studie dem Bild des NS-Propaganda-Apparates als einer gut funktionierenden Maschine weitgehend treu bleibt. Daß an diesem Bild der NS-Propaganda-Bürokratie seit langem gekratzt wird, hat R. zu wenig berücksichtigt. So sind